



## Hilfe in der letzten Lebensphase – wer kommt für Hospiz-Kosten auf?

*Ratsuchende Bürger aus Altona haben sich an die SPD-Fraktion gewandt, um Informationen darüber zu bekommen, ob die Krankenkassen die Kosten für die Betreuung der Angehörigen in einem Hospiz übernehmen. Die Redaktion hat Renate Janssen, für die SPD in der Deputation der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz tätig, gebeten, einen Überblick zu geben.*

### INHALT

Hospize - wer kommt für die Kosten auf?

B-Plan Rissen 45 - Die Brücke muss kommen

Bernadottestraße: Kein Tempo 30

Anekdote: SPD im Aufwind

Warum das Tor im Altonaer Wappen offen ist

Dritter „DEMO“-Kongress in Berlin

Schwarz-Grünes Wanken an der Großen Elbstraße

Anhörung: Wohnen an der Chemnitzstraße

Niederflurcontainer sind erfolgreich

Besucherzahlen der Fraktionshomepage

„Jessen-Quartier“: neuer Wohnungsbau

In Hamburg gibt es für schwerstkranke, sterbende Menschen ein vergleichsweise gutes Versorgungsangebot: Fünf Hospize und eine Reihe ambulanter Pflegedienste, die sich auf diesen Personenkreis spezialisiert haben. Alle Hamburger Krankenkassen haben Vereinbarungen mit diesen Einrichtungen und fördern sie. Das heißt, gesetzlich Versicherte schwerstkranken Menschen, deren Krankheit nur noch gelindert, nicht mehr geheilt werden kann, können sich gemeinsam mit ihren Angehörigen dafür entscheiden, ihre letzten Lebenstage zu Hause oder in einem Hospiz zu verbringen. Sie und ihre Angehörigen bekommen Hilfe in dieser Zeit der existenziellen Krise.

### Der Weg zur Hilfe

Für eine Einweisung in ein Hospiz oder für die Inanspruchnahme eines Hospizpflegedienstes muss eine schriftliche ärztliche Empfehlung vorliegen. Wenn jemand vorher im Krankenhaus lag, helfen die Sozialdienste der Krankenhäuser, die dann auch einen entsprechenden Eilantrag

auf Kostenübernahme an die jeweilige Krankenkasse stellen und sich auch um einen Platz im Hospiz kümmern. Ist der Schwerstkranke noch zu Hause, kümmert sich der behandelnde Arzt. Die Krankenkasse prüft dann gemeinsam per Eilantrag mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen, ob eine Hospizpflege angezeigt ist. Die Kosten für die Hospizpflege – ambulant und im Hospiz – werden je nach Grad der Pflegebedürftigkeit und Kostensatz der Einrichtungen übernommen.

Nun geht das immer so glatt? Nein, leider nicht. Betroffene Bürger haben von ihrer Krankenkasse erzählt, die eine Kostenbeteiligung für einen Hospizaufenthalt abgelehnt hat, obwohl alle Voraussetzungen für die Leistungsgewährung vorlagen. Was tun? In dieser Situation, wenn wenig Zeit ist, das Leben des geliebten Menschen zerrinnt, die Angehörigen mürbe sind, ist das klassische Widerspruchsverfahren – das Recht eines jeden gesetzlich Versicherten - wegen seiner Dauer eine stumpfe

Waffe. Was bleibt? Den behandelnden Arzt bitten, „Druck“ zu machen und bei der Kasse nachzuhaken, mit Öffentlichkeit drohen. Und später im Freundes- und Bekanntenkreis über die Erfahrung mit dieser Krankenkasse berichten: Denn jeder gesetzlich Versicherte kann, egal ob gesund oder krank ist, die Krankenkasse wechseln. Versicherte sollten mit den Füßen abstimmen. Denn obwohl der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen weitgehend einheitlich ist, gibt es sehr große Unterschiede bei der Beratung und Unterstützung der Versicherten. Und eine gute Krankenkasse ist die, die ihre Versicherten insbesondere bei schweren, lebensbedrohlichen Erkrankungen unterstützt und nicht durch bürokratische Akte auch noch zusätzlich belastet oder gar „im Regen stehen lässt“.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, was schnelle Hilfe, gute Beratung und unbürokratische Unterstützung in einer existenziellen Krise bedeutet. Die Techniker Krankenkasse

*Fortsetzung auf S. 2*

*Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern schöne und erholsame Ferien. Der nächste Newsletter erscheint im September!*





*Der Hospizführer Hamburg informiert über die Hospizbewegung, Hilfeangebote, Ansprechpartner und Adressen. Er wurde im Juni 2008 neu aufgelegt und ist bei allen Bezirksämtern und Öffentlichen Bücherhallen kostenlos erhältlich.*

## Hospize - Fortsetzung von Seite 1

(TK), bei der mein Mann versichert war, hat uns beiden den Rücken in unserer schwersten Zeit frei gehalten, wofür ich immer dankbar sein werde. Warum ich das erzähle? Weil ich weiß, was schwere, ausweglose Krankheit bedeutet und weil ich als Sozialdemokratin mit ansehen muss, wie mit unserer Hilfe eine Gesundheitsreform auf den Weg gebracht wird, die mit dem

Gesundheitsfonds ab 2009 Krankenkassen geradezu auffordert, wie in unserem Beispiel oben, „auf Deibel komm raus“ Leistungsausgaben einsparen zu müssen. Künftig wird den Krankenkassen das Geld zugeteilt, das sie für ihre Versicherten ausgeben dürfen. Zwar erhalten Krankenkassen, die mehr Kranke als andere versichern, mehr Geld, aber wer garantiert denn, dass

sie es auch nutzen, um schnell zu helfen? Künftig wird die Krankenkasse überleben, die keine extra Pauschale von ihren Mitgliedern verlangen muss, egal, wie sie mit ihren Versicherten umgeht. Wer meint, eine geeinte Deutsche Krankenversicherung sei das Modell der Zukunft, muss wissen, dass dann jede und jeder im Krankheitsfall zum Bittsteller wird. Alternativen gibt es dann ja nicht mehr.

## Bebauungsplan Rissen 45: Die Brücke muss kommen



*Das geplante Wohngebiet am Marschweg gehört zu den größten Wohnungsbauvorhaben im Bezirk Altona. Die Große Anfrage ist erhältlich im Internet unter [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de)*

Noch immer herrscht keine Klarheit bei der Brücke über die S-Bahn beim Wohnungsbaugelände in Rissen. Dies ist eines der Ergebnisse aus einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum Bebauungsplan Rissen 45. Das größte geschlossene Wohnungsbauvorhaben im Bezirk, 230 Wohneinheiten in 2 Bauabschnitten, stockt seit Jahren. Im vergangenen Herbst fand

die öffentliche Auslegung des Plans statt. 141 Anregungen von Bürgern sind gekommen. Unter anderem wurde eine von Verwaltung und CDU/GAL geplante Kehre im Achtern Sand stark kritisiert. Die SPD hatte sich bereits von Beginn an dagegen ausgesprochen. Über die Zukunft der Brücke auf Höhe Sülldorfer Brooksweg / Sülldorfer Landstraße als pri-

märe Zufahrt zu dem Gebiet gibt es noch immer nichts Neues. Bund und Bahn halten sich bedeckt. Für die SPD-Fraktion steht fest: Ein Baubeginn kann erst nach Zusage zur bzw. Errichtung der neuen Bahnquerung erfolgen, um Sicherheitsprobleme am Bahnübergang Sieversstücken erst gar nicht zu erzeugen.

*Henrik Strate*

## Bernadottestraße: Kein Tempo 30



Im Verkehrsausschuss der BV hat die schwarz-grüne Koalition jetzt den Wunsch der Anlieger und Schulen an der Bernadottestraße nach Tempo 30 abgelehnt. Die engagierten Bürger haben zahlreiche Argumente vorgebracht, genutzt hat es nichts. Anlass für den Wunsch ist die mehrmals wechselnde Geschwindigkeitsbegrenzung. Zwei von drei Ab-

schnitten sind mit Tempo 30 begrenzt, lediglich zwischen Liebermannstraße und Hohenzollernring ist Tempo 50. Genau dort liegen zwei Schulen und soziale Einrichtungen. „Die Forderung nach Tempo 30 in der Bernadottestraße ist richtig. Mit relativ kostengünstigen Maßnahmen könnte die Straßenfläche wie in der Liebermannstraße ver-

schmälert werden“, sagt Henrik Strate, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

„Die Begründung, für die Busgesellschaft PVG entstünden höhere Kosten durch längere Fahrzeiten, zieht nicht. Für uns ist die Sicherheit der Schulkinder wichtiger als 2 Minuten mehr Fahrzeit für einen Bus.“

## Anekdote

Am SPD-Infostand bei der Altonale: Kinder stellen sich in einer Schlange an, um einen heliumgefüllten Luft-

ballon zu ergattern. Ein Achtjähriger möchte einen Ballon ohne Band. Fraktionsvize Krappa will ihn aber nur mit Band rausgeben. „Du willst den doch nur flie-

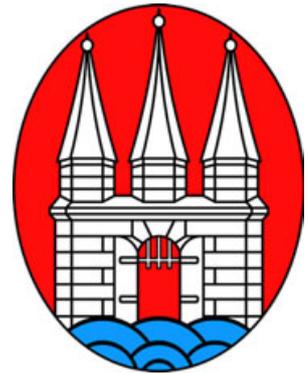
gen lassen“, sagte er. Der Vater des Jungen reagierte spontan: „Ich weiß gar nicht, was sie wollen. Ist doch ganz schön, wenn die SPD mal im Aufwind ist.“

## Warum ist das Tor im Altonaer Wappen offen?

Das Altonaer Wappen zeigt ein Stadttor mit drei Türmen und geöffnetem Tor vor stilisierten Wellen bzw. vor einem Fluss. Zumeist wird das offene Tor als Symbol für die in Altona herrschende Gewerbe- und Religionsfreiheit interpretiert. Auch die seit dem 18. Jahrhundert zumeist offenen Stadttore werden als Grund für die Wappendarstellung genannt. Tatsächlich erhielt Altona sein

Wappen 1664 gleichzeitig mit der Verleihung des Stadtrechts durch den dänischen König Frederik III. Seit 1640 gehörte Altona, als Teil der Herrschaft Pinneberg, zum dänischen Gesamtstaat. Das offene Tor im Stadtwappen stand als Zeichen dafür, dass der dänische Landesherr ein Recht auf jederzeitigen Zutritt zur Stadt Altona hatte. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat ihr

Wappen in der heute gültigen Form, mit geschlossenem Tor, durch einen Senatsentscheid erst 1834 festgelegt. Zuvor wurde das Wappen mal mit geöffnetem Tor, mal mit heruntergelassenem Fallgitter oder auch mit geschlossenem Tor dargestellt. Betrachtet man das aktuelle Hamburg-Logo mit dem offenen Stadttor, stellt sich die Frage, wer hier eigentlich wen eingemeindet hat.



## 3. „DEMO“-Kongress in Berlin: Austausch von guten Ideen

„Es sind Zeiten, wo man sich bei der SPD selbst loben muss, weil es sonst keiner tut“, mit diesen Worten eröffnete SPD-Fraktionschef Dr. Peter Struck im Juni den DEMO-Kongress in Berlin. Bereits zum dritten Mal lud Chefredakteur Stefan Grönebaum zahlreiche Kommunalpolitiker, Wissenschaftler und Experten nach Berlin, um „Kommunalpolitik besser zu machen“. Die „DEMO“ ist mit 14.000 Exemplaren die auflagenstärkste Kommunalpolitik-Zeitschrift in Deutschland. Der interessanteste Redebeitrag kam von Michael Adam, direkt gewählter Bürgermeister der bayerischen Gemeinde Bodenmais. Dort stellte die CSU bis zum März

2008 seit 1956 ununterbrochen den Bürgermeister. Adam, bekennender Homosexueller, Protestant und Sozialdemokrat und mit 23 Jahren noch nicht mit seinem Studium fertig, gewann die Stichwahl. Sein Wahlgeheimnis: Die CSU habe versucht, ein veraltetes Bild von Bayern zu zeichnen, das es so nicht mehr gab. Er dagegen suchte frühzeitig den Kontakt zu den Vereinen, Initiativen und Bürgern, um zu erfahren, wo der Schuh drückt. Die Wähler haben es ihm gedankt. Adam fügte sich mit seinem Praxisbericht gut in das Konzept des Kongresses ein, der unter der Überschrift „Bürgerkommune“ stand. Politikwissenschaftler Jörg Bo-

gumil machte eine sehr große Unzufriedenheit der Bürger mit dem politischen System aus, das auch die kommunale Ebene „voll erwischt“ habe und neues Handeln erfordere. Sein Rezept: Frühzeitige Einbindung der Bürger, Einrichtung und dauerhafter Betrieb von Bürgerbüros und echter Gestaltungsspielraum für Bürger. In zahlreichen Foren wurden dann einzelne Felder wie der demografische Wandel, Mobilität und Kinder- und Familienpolitik vertieft. Fazit: Wieder einmal gab es einen bunten Strauß von guten Anregungen, die auch in der hamburgischen Bezirkspolitik Sinn machen.

*Stefan Krappa*



*Er wurde durch den Überraschungssieg ein gefragter Medienstar: Sozialdemokrat und frisch gebackener Bürgermeister Michael Adam. Seine Wahlkampftipps wurden mit frenetischem Applaus bedacht.*

*Mehr Infos zum Kongress gibt es unter [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)*



*Der interessante Mix aus Alt und Neu prägt die Große Elbstraße. Hier das Elbkaihaus des Büros von Gerkan, Marg und Partner hinter historischem Hafenkran, das von einer Fischkühlhalle zum modernen Bürohaus umgebaut wurde.*

## Mal so, mal so: Schwarz-Grünes Wanken an der Großen Elbstraße

Die Große Elbstraße ist von der Hamburg Port Authority in die Verwaltungszuständigkeit des Bezirksamtes Altona gewechselt. Dieses lehnt die Übernahme im derzeitigen Zustand jedoch ab. Zu Recht, denn vor allem im Westteil befindet sich die Straße in einem unhaltbaren Zustand: Keine vernünftigen Bürgersteige, fehlende Radwege, unterschiedliche Straßenbeläge, unklare Wegführung. Ein durch einen Verkehrsplaner durchgeführtes Sicherheitsaudit hat diesen Zustand noch einmal bestätigt.

Das Bezirksamt plant bereits seit 2007 den Ausbau der Straße. Dabei soll die Straße im Westen ab Kaistraße aufhochwasser-

sicheres Niveau erhöht werden. Genau das versuchte Schwarz-Grün im Juni zu blockieren. Nun zeichnet sich doch ein Einsehen in die Notwendigkeit ab. Die Erhöhung, bzw. Entscheidung dazu ist wegen der künftigen Entwicklung wichtig. Zunächst wird im Westen bei den „Twins“-Neubauten begonnen. Nach Osten soll die Straße bis zum Elbkaihaus sukzessive erhöht werden.

Mark Classen und Henrik Strate trafen Ende Juni mit Hartwig Sommerfeld, Geschäftsführer der Fischmarkt Hamburg GmbH (FMH), zusammen. Mit der FMH wurden die künftigen baulichen und verkehrlichen Perspektiven erörtert. „Für uns sind die Anliegen der lokalen Wirt-

schaft mit ihren rund 3.000 Arbeitsplätzen wichtig“, erläutert Mark Classen (33), baupolitischer Sprecher aus Altona-Altstadt. „Die Planungen am Hafenrand müssen eng mit den örtlichen Akteuren abgestimmt werden.“

Henrik Strate, verkehrspolitischer Sprecher, ergänzt: „Die Ausgestaltung der Verkehrsflächen muss auf die Belange und Planungen von Fischmarkt Hamburg angepasst sein, damit die Abläufe der Fischwirtschafts-Logistik gesichert sind. Gleichzeitig muss für alle Verkehrsteilnehmer Sicherheit im Straßenraum bestehen. Die attraktive Kaikante am Fischereihafen muss in die weiteren Überlegungen einbezogen werden.“



*Ansichten der geplanten Gebäude von der Thedestraße (oben) und der Holstenstraße. Der BVE kooperiert mit dem Wohnprojekt „Stattschule“, der Lawaetz-Stiftung, den „Schlumpfern“ und der Wulff Hanseatische Bauträger.*

## Wohnen an der Chemnitzstraße

Der Planungsausschuss informierte in einer Anhörung die Bürger über die Pläne zur Bebauung des ehemaligen Schulgrundstücks Chemnitzstraße. Die Stadt hatte die Flächen zwischen Thedestraße, Virchowstraße und Chemnitzstraße ausgeschrieben, nachdem die Ganztagsgrundschule geräumt und an der Billrothstraße neu gebaut wurde. Als einziger Bewerber erfüllte der Bauverein der Elbgemeinden (BVE) die politischen Vorgaben, vorrangig für Familien passenden Wohnraum zu schaffen. Das Konzept mit dem Titel „Wohnen am

Thedebad“, das von der Bevölkerung überwiegend positiv aufgenommen wurde, sieht eine Mischung aus Miet-, Eigentums- und Genossenschaftswohnungen mit 164 Wohn- und 6 Gewerbeeinheiten vor. Große Teile der alten Schule bleiben erhalten, werden saniert und umgenutzt. Die Elternschule bleibt auch am Standort erhalten. Auf den Freiflächen entstehen Stadtreihen Häuser und Geschosswohnungen. Interessant ist, dass auch die „Schlumper“ - eine Kunsteinrichtung für Menschen mit Behinderungen - Räume für ihr Museum bekom-

men. Sie hatten sich seit Jahren um Räume in Altona-Altstadt beworben. In einem siebengeschossigen Wohnturm an der Holstenstraße sollen spezielle Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen für Senioren entstehen. Der Planungsausschuss wird nun die Anhörung auswerten. Die SPD ist der Ansicht, dass die Eckbebauung an der Holstenstraße eindeutig zu hoch ausfällt und wird sich im Planungsausschuss für eine niedrigere, angemessene Gebäudehöhe an dieser Stelle einsetzen.

*Stefan Krappa*

## SPD ging in den Untergrund: Niederflurcontainer erfolgreich

Die SPD-Fraktion Altona hatte in der letzten Wahlperiode das Pilotprojekt „Unterflurcontainer“ für den Straßenmüll in der Ottenser Hauptstraße initiiert und durch die parlamentarischen Gremien gebokt. Jetzt liegt der vorläufige Abschlussbericht der Stadtreinigung Hamburg vor. Das Ergebnis ist überaus befriedigend: Die Anzahl der Behälter konnte auf die Hälfte reduziert werden, was sich positiv auf das Erscheinungsbild auswirkt. Durch

ihr großes Volumen verstopfen die Systeme weniger und der Papierkorbabfall wird durch die längere Lagerung verdichtet, davon ausgehend wurde das Gesamtvolumen im Testgebiet reduziert. Trotz der Reduzierung der Behälterzahl und des Volumens wurden keine Überlaufteffekte festgestellt und das direkte Umfeld ist deutlich sauberer geworden. Positiv bewertet wurde auch, dass die Systeme eine sehr geringe Wartung benö-

tigen. Die Unterflurabfallsysteme zeigen sich trotz höherer Anschaffungs- und Herstellungskosten als innovative, moderne Papierkorblösung für stark frequentierte Bereiche als zukunftsorientiertes Konzept für die Sauberkeit in innerstädtischen Bereichen.

Die SPD-Fraktion Altona wartet jetzt auf den endgültigen Abschlussbericht, um über den weiteren Einsatz des Systems zu beschließen.

**Wolfgang Kaeser**



*Wolfgang Kaeser zeigt den Einwurfschacht. Er verdeckt die wahre Größe des Müllbehälters. Die üblichen Blechimer sind zwar bunter, aber zu schnell voll*



## Fraktionshomepage: Besucherzahlen steigen stetig

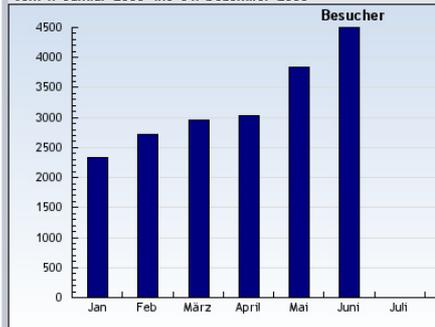
Im Dezember 2007 ging die SPD-Fraktion mit einer völlig überarbeiteten Homepage ins Netz. Die ausgewerteten Besucherzahlen zeigen, dass das

neue Angebot sehr gut angenommen wurde. Mit Stand 7. Juli gab es von Januar bis Juli über 20.000 Besucher. Nutzten im Januar durchschnittlich 77

Menschen pro Tag die Fraktionsinfos, stieg diese Zahl im Mai bereits auf 128 am Tag an, Tendenz weiter steigend. Die Fraktion sagt danke!

Grafische Darstellung

vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008





*Die großkronigen Linden an der Kreuzung Jessenstraße/Mörkenstraße prägen das Stadtbild und sollten nach SPD-Meinung erhalten bleiben.*

## Das „Jessen-Quartier“: neuer Wohnungsbau in Altona-Altstadt

Die Planung für das neue „Jessenquartier“ ist so wichtig, dass man sie nicht der Schwarz-Grünen Koalition allein überlassen darf. Die Chance ist jetzt da! Das Bezirksamt Altona hat seine Liegenschaft zwischen der Jessen- und der Mörkenstraße weitestgehend geräumt. Eine Überplanung ist nicht nur möglich, sondern auch geboten. Die herausragende städtebauliche Bedeutung muss sich in jeder Planung und jedem Entwurf niederschlagen und insbesondere die übergeordnete Bedeutung für die überfällige Entwicklung in der Großen Bergstraße mit berücksichtigen. Die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger muss Bestandteil eines transparenten Verfahrens sein.

Der schwarz-grünen Koalition sind transparente und geordnete Verfahren in diesem Zusammenhang offensichtlich lästig. Die Koalition überraschte die Mitglieder des Planungsausschusses mit ihrer Zustimmung zu einem wenig transparenten Verfahren in einer für vertraulich erklärten Sitzung. Drei Entwürfe eines internen Wettbewerbs eines Investors wurden vorgestellt und sollten beschlossen werden. Alle vorgestellten

Entwürfe werden der städtebaulichen und architektonischen Bedeutung des Plangebietes nicht gerecht.

Wir von der SPD-Fraktion haben die Notbremse gezogen und eine öffentliche Anhörung durchgesetzt, um zunächst einmal die Anwohner zu Wort kommen zu lassen. Denn ihre Meinung ist uns wichtig. Nach der fraktionsinternen Auswertung werden wir für das weitere Verfahren vorschlagen und im Planungsausschuss beantragen:

Nach den Grundsätzen und Richtlinien für Wettbewerbe (GRW) werden wir in einem für alle transparenten Verfahren einen Realisierungswettbewerb beantragen, der auf der Grundlage eines fest umrissenen Programms und bestimmter Leistungsanforderungen die planerischen Möglichkeiten für die Realisierung dieses Projektes aufzeigt.

Die städtebaulichen Kernpunkte für die Leistungsanforderungen werden sein:

- \* Die Herausarbeitung und Betonung der Ecke Mörkenstraße/Jessenstraße
- \* Wohnungsbau ist aus unserer Sicht dort möglich
- \* Eine maximale Ge-

schosszahl an der Mörkenstraße darf drei Geschosse nicht überschreiten, um eine Belichtung des Innenhofes und der Gebäude an der Jessenstraße wenigstens im Sommer zu ermöglichen.

\* Wintergärten an der Mörkenstraße, da die dortigen Wohnungen sonst keine südgerichtete Außenfläche hätten.

\* Auf der Grundstücksfläche von ca. 5000 qm können wir uns maximal ca. 10.000 qm Bruttogeschossfläche vorstellen.

\* Der wertvolle Baumbestand im Westen des Planungsareals muss erhalten bleiben.

\* Eine verkehrsberuhigende Lösung für die Mörkenstraße ist anzustreben.

Die vorgestellten Entwürfe werden all diesen Leistungsanforderungen nicht gerecht. Sollten unsere Forderungen bei Schwarz-Grün nicht durchdringen, werden wir uns die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens vorbehalten. Die Planung für das neue Quartier ist uns so wichtig, dass wir es nicht allein den Schwarz-Grünen überlassen können.

*Wolfgang Kaeser*

### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/38 61 56 43, info@spdfraktionaltona.de www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa